

Ein Interview mit Carlos Monge, Koordinator des Revenue Watch Institute für Lateinamerika, Peru

In welchen Bereichen siehst du in deinem Land und in der Region die zentralen Herausforderungen in den nächsten Jahren?

Ich sehe zwei zentrale Herausforderungen in Perú und in der Region: Zunächst erleben wir gerade eine neue Spezialisierung in der Produktion und im Export von Gütern wie vor allem Minerale, Energie und Produkte aus der Agrarindustrie, die uns in extremer Weise ausländischen wirtschaftlichen „Schocks“ aussetzt, was dann eine ganze Reihe von inländischen, makroökonomischen Problemen nach sich zieht. Das hat dann zum einen enormen Einfluss auf die Umwelt und zum anderen bringt es ein hohes soziales Konfliktpotential mit sich. Das ist ein erstes großes Problem, für das wir eine Alternative suchen müssen. Wir können nicht nur einfach globale Zulieferer dieser Güter und Handelswaren sein.

Zudem findet eine Aushöhlung der demokratischen Inhalte statt, als Folge einer Vereinnahmung des Staates durch Lobbys und Vertretungen großer Konzerne, die an dieser Art von Geschäften interessiert sind. Dies führt dazu, dass die Staaten Entscheidungen treffen, die nichts damit zu tun haben, was die Menschen denken, wollen oder fühlen, die in den jeweiligen betroffenen Gebieten leben. Letztlich geht es um wirtschaftliche Macht, die Art des Einflusses der Weltwirtschaft.

Und ich glaube, es geht ebenso um ein Demokratiedefizit, um Fragen von Governance in einer extraktivistischen Wirtschaft und um Governance in den Gebieten, wo diese ihren Niederschlag findet.

Was wären aus deiner Sicht mögliche Lösungswege, um diese Herausforderungen zu bewältigen? Und was wären deine zwei zentralen Ideen für einen Wandel?

Eine erste Idee ist die Diversifizierung der Wirtschaft. Wir müssen neue Möglichkeiten finden, Arbeitsplätze zu schaffen, die Staatseinkünfte zu finanzieren und Devisen durch Exporte zu erzeugen, um nicht weiter den Export von Produkten aus dem Bergbau, von Mineralien, Erdöl und Soya zu fördern. Wir müssen lernen, auf der Grundlage der nachhaltigen Nutzung der erneuerbaren Ressourcen eine Warenpalette für den Export zu erzeugen.

Auch müssen wir eine Staatsreform anstreben, damit der Staat die Rechte der Bürgerinnen und Bürger sowie deren Partizipation sichert – vor allem in den von den Großprojekten betroffenen Regionen. Dabei muss der Staat auch die zukünftige Generation im Blick haben. Auch die zukünftige Generation hat ein Recht darauf, über eine saubere Umwelt und über eine grundlegende Versorgung an natürlichen Ressourcen zu verfügendie es ihnen erlaubt, irgendetwas zu haben, das einem guten Leben, einem „buen vivir“, „buen estar“ oder wie man es nennen will, ähnlich ist.

Also müssen wir die Reform eines Staates verfolgen, von einem privatisierten und von Lobbys und Privatinteressen vereinnahmten Staat hin zu einem Staat, der sich sowohl

stärker im Schutz und Erhalt der Umwelt engagiert als auch stärker in der Förderung der Partizipation der Bevölkerung.

Ich glaube, dass beide Ideen, die Staatsreform und eine Diversifikation der Wirtschaft, von einem kulturellen Kampf begleitet werden müssen, durch den die Formen von und die Kontrolle über unseren Konsum verändert werden können.

All das zusammen kann man den Übergang zu einer post-extraktivistischen Gesellschaft nennen.

Welche Themen stehen auf dem EU-CELAC Gipfel im Mittelpunkt und welche sollten deiner Ansicht nach diskutiert werden?

Meiner Meinung geht es bei dem Spiel, das hier eigentlich gespielt wird, darum dass die EU, oder besser gesagt Europa, auf der einen Seite Zugriff auf unsere Ressourcen haben möchte. Um diese Ressourcen konkurriert sie mit den großen nordamerikanischen Konzernen und mit der chinesischen Nachfrage. Sie wollen sich den Zugang zu unseren Mineralien, zu unserem Erdöl, unserer Fischerei, unseren Agrarprodukten sichern.

Und auf der anderen Seite sucht die EU nach Möglichkeiten ihr Kapital zu platzieren. Sie ist nicht nur daran interessiert, unsere Rohstoffe zu kaufen. Im Zuge der europäischen Wirtschaftskrise werden Investitionsmöglichkeiten für das Kapital gesucht - und die werden genau in den extraktivistischen, lateinamerikanischen Geschäften gesehen. Das steht im Mittelpunkt.

Alles andere sind große Worte, leeres Gerede, Ausschmückungen, Finten, oder wie auch immer man es nennen will. Was sollte also unsere Antwort sein? Ich hatte gestern die Möglichkeit, diese Frage gestern in einer Versammlung der Parlamente anzusprechen.

Wir sollten anhand verschiedener Kriterien Bedingungen für europäische Investitionen in diese Art von extraktivistischen Aktivitäten aufstellen.

Erstens, ein Kriterium der Transparenz: Es sollte keine europäischen Investitionen in extraktivistischen Industrien geben, von oder in Ländern, die die Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft (EITI) nicht unterzeichnet haben. Es ist viel Geld im Umlauf, es herrscht viel Korruption, und die Bürger haben ein Recht zu wissen, warum ein Unternehmen einen bestimmten Vertrag abschließt, wie viel Steuern es zahlt und wofür dieses Geld verwendet wird.

Zweitens sollte es keine europäischen Investitionen mehr in extraktivistische Aktivitäten geben, wenn diesen Projekten nicht Befragungen der lokalen Gemeinschaften nach den Standards des Convenio OIT 169 (Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern) und den zuletzt von den Vereinten Nationen zu diesem Thema verabschiedeten Regelungen vorgehen.

Die Meinung der Bevölkerung muss berücksichtigt und ernst genommen werden.

Drittens sollten Investitionen in Bergbau, Gasförderung, Ölförderung, Fischfang, extensive Landwirtschaft, etc., an partizipative Prozesse der Raumordnung nach ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten geknüpft sein. Das heißt Prozesse, in denen sich das technische Wissen mit dem Wissen der Bevölkerung verbindet, um zu definieren, welche Projekte in einem bestimmten Territorium realisiert und auf welche Weise die vorgefundenen Rohstoffe genutzt werden sollten.

Hierdurch würde ein politischer Wandel eingeleitet – weg von zentralstaatlichen Entscheidungen, die von den Interessen der Privatwirtschaft vereinnahmt werden, und hin zu Entscheidungen, die von der Bevölkerung selbst getroffen werden. Aus diesem Grund spreche ich von der Notwendigkeit einer territorialen Governance, einer wirklichen Demokratie in der Entscheidungsfindung über Rohstoffprojekte.

Viertens, glaube ich, dass Europa und Lateinamerika einen Pakt zur ökonomischen Diversifizierung schließen sollten. Hierdurch könnte Europa uns helfen, die materiellen Grundlagen zur Schaffung von Arbeit und Einkommen zu diversifizieren. Damit einhergehen müsste ein Wandel unserer Handelsbeziehungen mit Europa, denn diese gleichen im Moment leider den Handelsbeziehungen mit China: Einfach ausgedrückt exportieren wir Rohstoffe und kaufen dafür Fertigwaren.

Stattdessen bräuchten wir einen Handel, der mehr dem Handel innerhalb der Region gleicht; ein Handel, der auf einem ausgeglichenen Austausch von Waren auf der Grundlage der länderspezifischen Produktspezialisierungen basiert. Leider sind derartige Gipfel stark vereinnahmt von den politisch konservativen Sektoren, die die Interessen der großen Konzerne vertreten. Dies hat zur Folge, dass die von mir genannten Ideen kaum einen Ausdruck finden und höchstens in einigen wenigen Sätzen einmal vorkommen.

Deshalb haben wir immer noch einen weiten Weg vor uns.